Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 49 (1969-1970)
Heft: 11: Leistungsgesellschaft

Rubrik: Kommentare und Berichte

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kommentare und Berichte

SORGEN EINES KONTINENTS: AUSTRALIEN HEUTE

Nach dem Aufbruch das Erwachen

Grundfragen der politischen Orientierung

Wie mir kürzlich der indonesische Journalist Mochtar Lubis in Djakarta erklärte, vermögen sich die Australier allem Anschein nach noch nicht darüber schlüssig zu werden, ob sie ihr Land als ein Anhängsel Grossbritanniens, als einen weit in den Pazifik vorgeschobenen Posten der Vereinigten Staaten oder als einen Teil Südostasiens betrachten sollen. Lubis, der aus seinem Patriotismus kein Geheimnis macht, sähe es offenbar am liebsten, wenn sich Australien für die letztgenannte Möglichkeit entscheiden würde, das heisst wenn es grundsätzlich als eine fernöstliche Macht auftreten und die ganze Verantwortung übernehmen würde, die eine solche Konzeption mit sich bringt. Ein hoher Beamter des Aussenministeriums in Canberra erzählte mir zwar von der Hilfe Australiens an Indonesien und wies mit sichtlicher Befriedigung darauf hin, dass seine Regierung diese Hilfe nicht einmal während den Jahren der «Konfrontationspolitik» Sukarnos einstellte, zu einer Zeit also, da die «Aussies» in mehreren Teilen des Archipels gegen indonesische Truppen kämpften. Dies lässt darauf schliessen, dass Australien sich als ein Teil dessen fühlt, was manche als die «pazifische Gemeinschaft» bezeichnen.

Freilich herrscht ein solches Gefühl nur bei einer Minderheit der Australier vor. Diese zeigen sich über den Rückzug der angelsächsischen Mächte aus dem südostasiatischen Raum in zunehmendem Masse beunruhigt. Zuerst galt ihre Sorge dem offenbar unwiderruflichen Abzug Grossbritanniens aus den Gebieten «östlich von Suez»; in jüngster Zeit gilt sie dem zwar zögernden, aber heute so gut wie beschlossenen Zurückweichen der Vereinigten Staaten hinter eine Verteidigungslinie, deren Verlauf noch niemand genau kennt.

Man kann den Australiern keinen Vorwurf daraus machen, dass sie sich nicht sozusagen von einem Tag auf den andern zu einem neuen «asiatischen» Bewusstsein durchrangen. Das riesige, einen ganzen Kontinent umfassende Land mit nur zwölf Millionen Einwohnern scheint seine Hauptaufgaben gelöst zu haben: Von Perth im äussersten Westen bis Darwin an der Nordspitze und wieder zurück bis zum prosperierenden Städtedreieck Sydney–Canberra–Melbourne im Südosten zeigt sich überall stetiger Fortschritt und allgemeiner Wohlstand. Auch besteht kaum noch irgendein Minderwertigkeitskomplex gegenüber der westlichen Welt – einer Welt, welcher sich das in allen Richtungen wachsende, freundliche und wohlhabende Sydney mit Recht als vollwertiges Mitglied zugehörig fühlt. Besonders heute, da die Rohstoffpreise auf allen Weltmärkten fallen, halten die Australier mit Stolz und Befriedigung fest, dass ihr Land nicht mehr auf den Export von Wolle und Holz angewiesen ist. Eine viel wichtigere Rolle spielen die Produktion und die Ausfuhr australischer Industrieerzeugnisse. Die Eingeborenen wurden zahlenmässig derart reduziert, dass heute kein Rassenproblem mehr besteht. Die Regierung möchte möglichst bald das Mandat über die östliche Hälfte Neuguineas aufgeben und hofft, es lasse sich im

Verlauf der siebziger Jahre in den Status der vollen Unabhängigkeit umwandeln. Natürlich weiss jedermann, dass dieser Schritt übereilt ist. Aber die Regierung in Canberra möchte auf keinen Fall zuwarten, bis ihr die schon heute unter den Papuas recht rührige Agitation in den Vereinten Nationen Unannehmlichkeiten bereitet.

Eine «Festung Australien»?

Noch vor kurzem sah man in Australien gelassen der Zukunft entgegen, die man ganz aus eigenen Kräften zu gestalten hoffte. Das Australien von heute hingegen, dem ich auf meinem letzten Besuch begegnete, ist nicht mehr das Land der in politischer Isolation verharrenden Antipoden. Man sollte die Situation zwar noch keineswegs als beunruhigend bezeichnen, aber der bevorstehende amerikanische Rückzug hat doch die Gemüter erregt und einige Fragen aufgeworfen: Wie weit gedenken die USA ihre Verteidigungslinie zurückzunehmen? Wird sie im schlimmsten Fall gar hinter die Philippinen zu liegen kommen? Wird Australien in ein neues Verteidigungsdispositiv einbezogen sein? Auf jeden Fall führte die neue amerikanische Verteidigungspolitik den Australiern plötzlich die ungeschützte Lage ihres Landes gegenüber dessen nächsten und entfernteren Nachbarn vor Augen. Es ist eine unbestrittene Tatsache, dass noch keine australische Regierung jemals an die Möglichkeit dachte, das Land könne sich – einem im Dunkeln verirrten Kind vergleichbar – ausschliesslich auf sich selbst und seine eigenen Hilfsmittel angewiesen sehen. Angesichts der neuen Lage wurde bereits der Begriff von der «Festung Australien» geprägt.

Ich hielt mich gerade zu der Zeit in Australien auf, als dort die Diskussion über eine zweckmässige Alternativlösung, die sogenannte «Vorwärtsverteidigung», einsetzte. Unter normalen Umständen wäre dies eine Frage von nationaler Bedeutung, die unter den gewöhnlich nüchternen und besonnenen Parlamentariern und in den gebildeten Kreisen der Öffentlichkeit erörtert würde. In dieser Hinsicht gleicht Australien sehr stark dem England früherer Zeiten, wo keine schrillen Anklagen ertönten, keine *ad hominem*-Argumente laut wurden und keine unbeherrschten Leidenschaften zum Ausbruch kamen. Wenn die Dinge heute anders liegen, so ist dies der Persönlichkeit des neuen, seit Ende 1967 amtierenden Premierministers Gorton zuzuschreiben. Dieser hat sich nämlich, was niemand voraussehen konnte, zu einem unberechenbaren und möglicherweise gefährlichen Faktor entwickelt, ein Umstand, der die heute erforderliche sachliche Auseinandersetzung mit der völlig neuen Lage des Landes erschweren könnte.

Fragen um Premier Gorton

Premierminister Gortons Liberale Partei vertritt zusammen mit ihrem Verbündeten bei den Parlamentswahlen, der Landpartei, das Establishment. Ihnen gegenüber steht die Labour Party (ALP), die in zunehmendem Masse von den mit dem Kommunismus liebäugelnden Gewerkschaften beherrscht wird. Dank dem zwar langsamen, aber doch allgemein verbreiteten Linkskurs der Massenmedien und der Universitäten gewinnt die Partei stets an Popularität. (Mindestens so eifrig wie die Europäer ahmen die Australier die amerikanischen Vorbilder nach, handle es sich nun um intellektuelle Modeströmungen oder um Studentenunruhen.) Die Liberale Partei ist schon seit Jahren an der Macht. Dies verdankt sie vor allem der Democratic Labour Party (DLP), die sich 1957 von der ALP abspaltete und leidenschaftliche Anklage gegen die Duldung der Kommunisten in der Mutterpartei erhob. Obwohl die DLP klein ist und jeweils nur rund zehn Prozent der gesamten Wählerschaft für sich mobilisieren kann, verstand sie es bisher doch regelmässig, ihre Anhänger zu veranlassen, ihre Zweit- oder Präferenzstimmen den Parteien der Regierungskoalition zu geben. Als Ergebnis dieser de facto Drei-Parteien-Koalition von Liberalen,

Landpartei und DLP errangen die Liberalen stets eine sichere Mehrheit.

Unter den Regierungen Menzies und Holt bewährte sich dieses System, und die Premierminister hüteten sich wohlweislich davor, die Stimme der DLP zu missachten. Nebenbei gesagt, hört die DLP ihrerseits vor allem auf den ehemaligen Labour-Politiker und militanten Katholiken Santamaria, den Sohn italienischer Einwanderer. Diese höchst eindrückliche Persönlichkeit verfügt, wenn man so will, über ein gewisses Charisma und vereinigt einen hervorragenden Intellekt mit einem ganz aussergewöhnlichen Organisationstalent. Nicht zuletzt seinem systematischen Antikommunismus ist es zuzuschreiben, dass die australische Politik vor einem abenteuerlichen Linkskurs bewahrt blieb.

Der ehemalige Führer des Senats und heutige Premierminister Gorton stellt zur Zeit einige der unter der «neuen Generation» der Ministerpräsidenten – handle es sich nun um Trudeau in Kanada, Olaf Palme in Schweden oder selbst Willy Brandt – modischen Züge zur Schau: Er gefällt sich als ein «swinging» Premierminister, gebärdet sich nonkonformistisch und fühlt sich nicht dem Establishment verpflichtet, eine Verhaltensweise, die sich angesichts seiner politischen Stellung eigentlich paradox ausnimmt. In innenpolitischen Belangen scheint er auf eine Linksschwenkung zu tendieren, um Labour auf dem Gebiet des staatlichen Wohlfahrtswesens den Wind aus den Segeln zu nehmen. Auf dem Gebiet der Aussenpolitik neigt er zu einem Abbau der Verbindlichkeiten in Südostasien, wo Australien in seiner Eigenschaft als Mitglied des Commonwealth noch immer gewisse Verpflichtungen zu erfüllen hat, namentlich gegenüber Malaysia und Singapur. Und möglicherweise war es auch Gorton, der seinen früheren Aussenminister Gordon Freeth veranlasste, im letzten August, also nur drei Monate vor den Parlamentswahlen, die Absicht der Regierung bekanntzugeben, Sicherheitsprobleme im Indischen Ozean mit der – Sowjetunion zu besprechen!

Die letzten Novemberwahlen wurden durch die Liberale Partei gewonnen, allerdings mit einem knapperen Vorsprung als in früheren Wahlgängen. Plötzlich scheint das bis anhin so festgefügte Gebäude der australischen Politik in Bewegung zu geraten. Auch die Führer der DLP hegen nun gewisse Zweifel darüber, ob es sich immer noch empfehle, der von Gorton geführten Koalition ihre Unterstützung zu leihen. Natürlich liegt zur Zeit überhaupt noch keine Alternative vor, denn eine Wiederannäherung der kleinen und selbstbewussten DLP an die Mutterpartei ALP steht heute völlig ausser Diskussion. Das überraschend gute Abschneiden Labours in den letzten Wahlen hat die Stellung Whitlams, des gemässigten Führers der ALP, in den Reihen seiner eigenen Partei geschwächt. In parteiinternen Auseinandersetzungen zeigt er sich heute gegenüber den draufgängerischen, von den Gewerkschaften unterstützten Exponenten des linken Flügels recht nachgiebig.

Beunruhigende Entwicklungen

Die gegenwärtige innenpolitische Ungewissheit entspringt nicht einem Missbehagen über innenpolitische Probleme, sondern sie geht auf aussenpolitische Überlegungen zurück, namentlich auf die widersprüchlichen Interpretationen der Situation des an den wichtigsten Seerouten zwischen dem Pazifik und dem Indischen Ozean gelegenen Landes. Wie in anderen Teilen der Welt, beispielsweise in Ost- und Südafrika, zwingt auch in dieser Region der unaufhaltsame Rückzug der Vereinigten Staaten viele Länder, ihre strategischen Pläne neu zu überdenken. Diese beruhten bisher auf der als selbstverständlich betrachteten Annahme, dass Washington ihnen Schutz und Hilfe gewähren werde. Kürzlich gestand zum Beispiel Gorton anlässlich einer Unterredung mit Santamaria zu, dass Australien im Falle eines Angriffs von aussen – er operierte mit der Hypothese eines kommunistisch regierten Indonesien – nur während sechs Monaten Widerstand leisten könne; danach «wür-

den die Amerikaner zu unserer Rettung herbeieilen».

Gortons politische Gegner verwahren sich gegen diese Art von Fatalismus. Nach ihrer Ansicht sollte Australien sofort ein weitsichtiges Rüstungsprogramm entwickeln – bis jetzt hat es die Regierung Gorton übrigens abgelehnt, den Atomsperrvertrag zu unterzeichnen –, um bis Ende der siebziger Jahre der neuen Lage gewachsen zu sein. Bis zu jener Zeit wird aller Voraussicht nach der kommunistische Druck erheblich zunehmen. Sie verweisen auf die Tatsache, dass das Land nicht nur unterbevölkert ist, sondern dass auch der grösste Teil seiner zwölf Millionen Einwohner im geschützten Südosten lebt. (Die Flugzeit von Sydney nach Djakarta, der nächsten asiatischen Hauptstadt, beträgt sieben Stunden und entspricht damit der Flugzeit von New York nach Paris.) Der Indonesien am nächsten gelegene Nordwesten ist daher sehr exponiert, menschenarm und kaum zu verteidigen. Ferner muss man sich vor Augen halten, dass zahlreiche australische Erzvorkommen – eine *conditio sine qua non* für das wirtschaftliche Gedeihen des Landes – ebenfalls in dieser von den wichtigsten Städten weit entfernten Gegend liegen. Sollten somit Vietnam und möglicherweise auch andere Länder des einstigen Indochina unter kommunistische Herrschaft geraten, wäre Indonesien die einzige Verteidigungszone zwischen diesen Gebieten und Australien. Nun ist aber Indonesien ein innenpolitisch nicht gefestigtes und unterentwickeltes Land. Es lässt sich militärisch kaum verteidigen, da sich der Inselstaat zwischen Sumatra und West-Irian über eine Länge erstreckt, die der Distanz zwischen New York und London entspricht. Wie ein Freund in Djakarta feststellte, bedarf Indonesien zwar der australischen Wirtschaftshilfe; aber Australien ist in seinen strategischen Zukunftsplänen noch viel dringender auf Indonesien angewiesen.

Es ist somit verständlich, dass die Schlagzeilen der australischen Morgenzeitungen ihren Lesern recht häufig von den neuesten sowjetischen Bewegungen in den umliegenden Gewässern berichten. Bemerkenswerterweise hört man hier, im Gegensatz zu Europa und den Vereinigten Staaten, viel weniger von China und der chinesischen Gefahr als von den jüngsten diplomatischen oder militärischen Massnahmen der Sowjetunion. Wer auch immer hier die kommunistische Gefahr erwähnt, meint vor allem Sowjetrussland und erwähnt Rotchina nur am Rande. Dies erscheint namentlich für den Fall Australiens als begründet. Hier empfindet man es als besonders beunruhigend, dass zur Zeit sowjetische Unterseeboote entlang den beiden für den Handel und die Verteidigung Australiens lebenswichtigen Routen Stellung beziehen. Die eine verbindet die USA mit Japan, die andere verläuft zwischen Japan und Australien. In zahlreichen australischen Verlautbarungen aus jüngster Zeit wird dringend auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Seewege zu schützen, auf denen australisches Erz, namentlich solches aus den intensiv ausgebeuteten Nickelminen, nach Japan transportiert wird. Japan und Australien bilden aber nur zwei Spitzen eines potentiellen Verteidigungsdreiecks, dessen dritte Spitze, Südostasien, schwach und leicht verwundbar bleibt.

Es gilt als feststehende Tatsache, dass die Sowjetunion im Verlauf der nächsten Jahrzehnte im südostasiatisch-australischen Raum einen stets wachsenden Einfluss geltend machen wird. Unlängst ist Moskau mit dem Angebot eines südostasiatischen «Sicherheitspaktes», nach dem Muster eines ähnlichen, Europa betreffenden Vorschlages, hervorgetreten. Es lässt sich heute noch kaum sagen, welche Aufnahme diese Offerte Russlands in den geographisch unmittelbar betroffenen Ländern um das Südchinesische Meer finden wird. Sicher ist, dass Vietnam den Schlüssel zu diesem asiatischen «Mittelmeer» bildet.

Grosse Stabilität im Innern

Immerhin wirkt die Tatsache beruhigend, dass die australische Gesellschaft relativ

geschlossen und stabil ist, sich nicht leicht zu Abenteuern verleiten lässt und ihre Entscheidungen behutsam abwägt. Während beispielsweise die meisten «angelsächsischen» Staaten – Grossbritannien, die Vereinigten Staaten, Kanada – und natürlich alle Commonwealth-Staaten in Afrika und Asien von Unzufriedenheit, Aufruhr, Streiks und Protestbewegungen aller Art erschüttert werden, ist Australien bisher davon ziemlich unberührt geblieben. Die auf geradezu groteske Weise den amerikanischen Vorbildern folgenden Studentenunruhen bleiben verhältnismässig begrenzt und lassen sich in Schranken halten. Ja sie treffen – heutzutage fast ein Wunder – auf den Widerstand der Universitätsbehörden und Dozenten. Die wenigen Streiks vermögen die wirtschaftliche Entwicklung des Landes nicht zu beeinträchtigen, denn die Regierung, die ihre Handlungsfähigkeit noch nicht durch Unentschlossenheit und ängstliche Rücksichtnahmen aller Art verloren hat, legt sie unter dem Druck der öffentlichen Meinung jeweils schnell bei. Die Massenmedien, einschliesslich das Fernsehen, befleissen sich eines gewissen Anstandes, und die Zensur wird mit Verstand ausgeübt, ganz in Übereinstimmung mit der inneren Zurückhaltung, welche die Australier, ungeachtet ihres Rufes als eines derben und etwas primitiven Volkes, auszeichnet.

Alles in allem fällt in Australien, das vor genau zweihundert Jahren als Sträflingskolonie gegründet wurde, eine etwas altmodisch anmutende Lebensweise auf. Dennoch wird das Land nicht hinter der modernen Entwicklung zurückbleiben. In Sydney empfängt den Besucher eine recht internationale Atmosphäre – eine Mischung von Londons Ernsthaftigkeit, San Franciscos Hafenbetrieb und New Yorks Greenwich Village zur Zeit vor der Obszönitätenwelle; einige Anklänge an Chicago, Paris und Johannesburg vervollständigen den Gesamteindruck. Die Hauptstadt Canberra ist eher eine Gartenstadt; die öffentlichen Gebäude und Botschaften sind, ähnlich wie in Washington, deutlich von den Wohnvierteln getrennt. Melbourne, eine der flächenmässig grössten Städte, aber in mancher Hinsicht immer noch eine Kleinstadt, ist die finanzielle Hochburg und die Heimat der ältesten Familien und grössten Vermögen.

Als die anziehendste Stadt möchte ich das in vollem Aufschwung begriffene Perth an der Westküste bezeichnen. Es bildet den finanziellen und industriellen Schwerpunkt eines neuen Australien. Die Flugzeit nach Sydney beträgt fünf Stunden! Diese Stadt sagt mehr über das Land und seine Zukunft aus als die älteren und grösseren Städte an der Südostküste. Sie erweckt den Eindruck einer nicht aufdringlichen, sondern gelassenen Selbstsicherheit und ist stolz auf ihre Fähigkeit, die Wüste nutzbar zu machen, ohne dabei die Natur zu zerstören. Hier verbindet sich amerikanische Dynamik mit der – alten – britischen Art, die Dinge anzupacken und zu einem glücklichen und massvollen Ganzen zu führen.

Thomas Molnar

BIAFRA, ISRAEL, DEUTSCHLAND

Das Ende des Bürgerkrieges in Nigeria bedeutet das Scheitern eines mit untauglichen Mitteln unternommenen Versuches, die einst von den Kolonialmächten auf dem Schwarzen Kontinent gezogenen Grenzen zu verändern und an ihre Stelle logischere, den ethnischen Gegebenheiten entsprechende Staatsgebilde zu schaffen. Allein die Tatsache, dass sich die hauptsächlich vom *Ibo-Stamm* bewohnte Ostprovinz Nigerias, Biafra, über zweieinhalb Jahre lang gegen die Übermacht der Bundestruppen zu behaupten vermochte, ist der beste Beweis für die Lebensfähigkeit eines Ibo-Staates. Der Anspruch auf Eigenständigkeit, den sich Biafra mit sei-

nem Widerstand gegen Lagos erkämpft hat, ist nun dahingefallen; die Ostprovinz ist wieder in den nigerianischen Staatsverband zurückgezwungen worden.

Isoliertes Biafra

Das Problem Biafra, wie es sich in den vergangenen drei Jahren der Welt stellte, hatte verschiedenartige Aspekte. Es war die Tragik Biafras, dass sein Kampf um Selbständigkeit mit den Interessen mehrerer anderer Mächte kollidierte. So ergriffen *Grossbritannien* und die *Sowjetunion* – wenn auch aus unterschiedlichen Gründen – Partei für die Zentralregierung in Lagos. Im Gefolge Moskaus hat auch Ägypten massiv interveniert; Nasser betrachtete Biafra als geeigneten *Übungsplatz*, um seiner Luftwaffe die notwendigen militärischen Erfahrungen zu verschaffen, die sie im Kampf gegen Israel dringend benötigt und die sie hier verhältnismässig gefahrlos sammeln konnte.

Aber auch vor dem höchsten internationalen politischen Gremium, den *Vereinigten Nationen*, fand die Sache Biafras keine Unterstützung. Generalsekretär *U Thant* stellte sich auf den – formal richtigen – Standpunkt, es handle sich bei der Auseinandersetzung zwischen Nigeria und Biafra um die innere Angelegenheit eines souveränen Staates, in welche sich die UNO nicht einmischen könne. Zwar hat diese sich eng an den Buchstaben klammernde Interpretation der UNO-Charta selbst innerhalb der Vereinigten Nationen Befremden ausgelöst, und U Thants Entschluss, auf seiner Afrikareise zwar einen Abstecher nach Lagos zu machen, aber auf seinen bereits angekündigten Besuch in Biafra zu verzichten, ist auf Kritik gestossen. All jenen, die sich weniger nach dem Paragraphen als nach dem *Geist* der Charta richten, erschien es unverständlich, dass die Vereinigten Nationen die Gelegenheit vorbeigehen liessen, sich koordinierend in die verschiedenen Hilfsaktionen einzuschalten. Eine Gelegenheit, dem Prestige der UNO in den westlichen Ländern neues Gewicht zu verschaffen, ist verpasst worden.

Heute ist Biafra kein militärisch-politisches Problem mehr, sondern nur noch ein humanitäres. Die ersten Berichte ausländischer Journalisten, denen die Einreise in die eroberte Provinz erlaubt wurde, sind alarmierend. Zwar ist es glücklicherweise nicht zu den befürchteten systematischen Racheexzessen der siegestrunkenen Bundestruppen gegen die Ibo-Bevölkerung gekommen; wo Ausschreitungen stattfanden, scheint es sich um *Einzelfälle* gehandelt zu haben. Gefährlicher als diese gelegentlichen Plünderungs- und Gewaltakte war die vollständige Desorganisation in dem besiegten Biafra, zu der Lagos das Seine beitrug, indem es Ärzte und Hilfspersonal aus Biafra wegwies oder unter Hausarrest stellte. General *Gowon* wollte damit wohl demonstrieren, dass die Sieger für sich ein Hilfsmonopol beanspruchen – ein gefährlicher Ehrgeiz, der täglich ungezählte Menschenleben fordert. Es wird Monate und Jahre dauern, ehe die Spuren des Schreckens getilgt sind, die der nigerianische Bürgerkrieg in der Ostprovinz hinterlassen hat.

Israels Vergeltungsschläge

Im nahöstlichen Konflikt hat die Spannung in den vergangenen Wochen neue Höhepunkte erreicht. Israel hat seine militärischen Aktionen intensiviert und ist zu mehreren Malen tief in arabisches Gebiet vorgestossen. Ein schwerer Vergeltungsschlag richtete sich gegen zwei jordanische Ortschaften *südlich des Toten Meeres*, von denen aus die israelischen Kaliwerke in Sodom angegriffen worden waren; die israelische Operation, die fast zwanzig Stunden dauerte, hatte zum Ziel, diese Bedrohung für die nächste Zukunft auszuschalten. Kurz darauf erfolgte ein weiterer Schlag, diesmal gegen Ägypten: israelische Kommandoeinheiten landeten auf der Insel *Schadwan* im Golf von Suez, zerstörten zwei Torpedoboote, demontierten eine Radarstation und kehrten darauf nach Israel zurück.

Diese Aktionen, zusammen mit zahlreichen anderen ähnlicher Art, formen das Mosaik zum Bild, das der unerklärte Krieg im Nahen Osten heute bietet. Israel sucht durch *kühne Handstreiche* seinen Gegnern seine ungebrochene militärische Überlegenheit zu demonstrieren, in der Hoffnung, die Araber auf diese Weise allmählich zu zermürben. Der Sechstagekrieg hat Israel ein günstiges *Glacis* verschafft, das sein Kernland schützt und gleichzeitig als Ausgangsbasis für Vorstösse ins gegnerische Territorium dienen kann. In den letzten paar Monaten ist sich Israel immer stärker seiner Isolierung bewusst geworden. Die Hoffnungen auf einen Wechsel in der Haltung Frankreichs nach dem Abgang de Gaulles haben sich nicht erfüllt. Nach der «Entführung» der fünf Schnellboote aus dem Hafen von Cherbourg sind die Beziehungen zwischen Paris und Tel Aviv wieder auf einem Tiefpunkt angelangt; Frankreich hat mit der Zustimmung zur Lieferung von *Mirage-Flugzeugen* an Libyen seinen proarabischen Kurs Mitte Januar erneut bestätigt.

Aber auch die *Vereinigten Staaten* haben sich unter der Administration Nixon stärker von Israel distanziert und drängen auf Konzessionen gegenüber den Arabern. Israel sieht sich so mehr oder weniger auf sich selbst gestellt – eine Situation, mit der es sich für den Augenblick abzufinden hat und in der ihm nicht viel anderes übrig bleibt, als auf die eigene Kraft zu vertrauen. So hat es in den letzten Wochen zu der gegenwärtig praktizierten defensiven Offensivtaktik Zuflucht genommen, mit der es die Araber in die Enge zu treiben hofft.

Es ist jedoch zweifelhat, ob es auf diesem Wege gelingen wird, das Ziel zu erreichen, das seit der Gründung des Staates Israel im Jahre 1948 angestrebt worden ist: mit den arabischen Ländern zu einem geregelten Nebeneinander und zu einer friedlichen Nachbarschaft mit gesicherten Grenzen zu kommen. Die Existenz des jüdischen Staates beruht auch in absehbarer Zukunft vor allem auf der *Schlagkraft* und der ständigen *Wachsamkeit* seiner Armee; die Zeit, da die Schwerter zu Pflugscharen umgeschmiedet werden können, ist leider noch in weiter Ferne.

Der innerdeutsche Dialog

Über die Jahreswende sind in dem von der Regierung Brandt/Scheel angestrebten Gespräch mit der DDR neue Entwicklungen eingetreten. Am 18. Dezember hat der DDR-Staatsratsvorsitzende Ulbricht an Bundespräsident *Heinemann* ein Schreiben gerichtet, dem er den Entwurf für ein Abkommen zwischen Bundesrepublik und DDR beilegte. Der von Ulbricht angeregte Vertrag verlangte von Bonn eine Reihe von Vorleistungen, darunter vor allem die völkerrechtliche Anerkennung der DDR.

Bundeskanzler Brandt ist in seinem Bericht zur *Lage der Nation*, den er am 14. Januar vor dem Bonner Parlament erstattete, auf diesen Vertragsentwurf nicht näher eingegangen, sondern hat Pankow Verhandlungen über den Austausch von Gewaltverzichterklärungen vorgeschlagen. In der Frage der Anerkennung der DDR blieb Brandt hart; eine völkerrechtliche Anerkennung komme nicht in Frage, dagegen sprach der Bundeskanzler von den zwei Staaten, die sich auf dem Boden Deutschlands gebildet haben, beide unter dem Dach der gemeinsamen deutschen Nation. In einem Brief an den DDR-Ministerpräsidenten *Stoph* vom 22. Januar hat Brandt sein vor dem Bundestag abgegebenes Gesprächsangebot wiederholt, wobei er unterstrich, dass auch andere Themen zur Sprache kommen könnten, so auch die Frage «gleichberechtigter Beziehungen».

Ulbricht hat Brandt geantwortet, noch ehe der Brief vom 22. Januar in Ostberlin eingetroffen war. Auf einer internationalen Pressekonferenz im Staatsratsgebäude am Marx-Engels-Platz hat der SED-Chef nur wenig Hoffnung gelassen, dass es zu einem fruchtbringenden Gespräch zwischen den beiden Teilen Deutschlands kommen wird. Ulbricht beharrt auf der völkerrechtlichen Anerkennung; auf Brandts Differenzierung zwischen Staat und Nation ist der ost-

deutsche Staats- und Parteichef nicht eingegangen.

Auch den Vorschlag, Gespräche über Gewaltverzichterklärungen aufzunehmen, hat Ulbricht nur bedingt akzeptiert; er hat erklärt, in dieser Frage *Moskau*, wo bereits zwischen Bundesrepublik und Sowjetunion analoge Unterredungen begonnen haben, den Vortritt zu lassen. Die DDR spielt sichtlich auf *Zeitgewinn;* Ulbricht fühlt sich offensichtlich in einer starken Stellung und glaubt, der Gegenseite Schritt für Schritt seine Bedingungen aufzwingen zu können. Die Perspektiven, die sich dadurch ergeben, sind – zusammen mit dem agitatorischen Trommelfeuer, das Ostberlin gegen Bonn in Permanenz unterhält – nicht so, dass man in der Deutschlandfrage in nächster Zukunft mit raschen Entwicklungen zu rechnen haben wird.

Fabius

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Wie unabhängig ist unser Parlament?

Spätestens seit 1964, als die Mirage-Affäre das politische Klima gewitterschwül werden liess, gehört die Frage nach der wirklichen Stärke unseres eidgenössischen Parlaments zu den Standardthemen grundsätzlicher Art. Die Position der Volksvertretung ist aufs vielfältigste gefährdet – zwar nicht vom institutionellen Rahmen, wohl aber von der Praxis her. Denn gemäss Verfassung ist es nach wie vor oberstes, mit allen nötigen Kompetenzen ausgestattetes Aufsichtsorgan im Staate, das zudem die Möglichkeit hat, beträchtliche Eigeninitiative in der Gestaltung der politischen Führung zu entwickeln. Ranghöchster Magistrat ist nach Protokoll denn auch nicht etwa der Bundespräsident, sondern der Nationalratspräsident in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Vereinigten Bundesversammlung. In der praktischen Politik aber haben sich die Akzente wesentlich verschoben. Den parlamentarischen «Milizsoldaten» steht eine hochspezialisierte «Berufsarmee» der Exekutive gegenüber, die zum vorneherein über einen immer grösser werdenden «Überhang» an Sachkunde verfügt.

Auf diesem Hintergrund ist die Kontroverse zu verstehen, die sich in letzter Zeit zwischen Bundesrat und Volksvertretung rund um die Verwaltung des Parlaments entsponnen hat. 1967 reichten die Fraktionspräsidenten der Bundesversammlung eine Motion ein, in der sie um eine Überprüfung und Verbesserung der gegenwärtigen Situation ersuchten. Nach Artikel 105 der Bundesverfassung ist nämlich das Sekretariat der Bundesversammlung der Bundeskanzlei eingegliedert; es ist mit anderen Worten Bestandteil der unter Aufsicht der Landesregierung stehenden Bundesverwaltung.

Der Bundesrat stellt sich nun in seinem kürzlich veröffentlichten Bericht auf den Standpunkt, dass sich hier eine grundsätzliche Änderung nicht aufdränge. Der gerügte Mangel an Gewaltentrennung sei an der schweizerischen Staatsspitze keine Ausnahmeerscheinung, so dass sich aus rechtspuristischen Gründen keine Revision aufdränge. Dem praktisch-technischen Anliegen der Motion – Verbesserung der parlamentarischen Hilfsdienste – aber könne auch auf andere Weise Genüge getan werden. Die Kommission des Nationalrates, die sich in der zweiten Januarwoche mit dem Bericht auseinanderzusetzen hatte, ist indessen ganz entschieden anderer Meinung. Sie besteht auf rechtlicher Verselbständigung des Sekretariats der Bundesversammlung. Und sie stellt darüber hinaus für technische Sofortmassnahmen eigene Gegenvorschläge in Aussicht.

Vom Regen in die Traufe?

Es fehlt nicht an Stimmen, welche die verhältnismässig schroffe Haltung der Kommission als eher überflüssigen Theaterdon-

ner bezeichnen. Das Parlament habe es, so wird etwa argumentiert, auch mit dem herkömmlichen Apparat durchaus in der Hand, seine institutionell garantierte Stärke wieder vermehrt auszuspielen. Auch wird darauf hingewiesen, dass das Parlament unter Umständen vom Regen in die Traufe kommen und die eine «Abhängigkeit» durch eine neue, nicht weniger starke ersetzt sehen könnte. Und in der Tat fehlt es nicht an ausländischen Beispielen, wo «Parlamentsdirektoren», das heisst Verwaltungsmanager der Volksvertretungen, durch ihre Manipulierkunst zum Alptraum der Parlamentarier geworden sind.

Indessen lässt sich nicht übersehen, dass hier ein echtes Problem vorliegt. Die Tatsache etwa, dass sowohl Regierung wie Parlament jeweils fast durchweg auf die technische Sachkunde ein und derselben «Expertokratie» abstellen müssen, lässt manchmal ungute Gefühle aufkommen. Das soll keineswegs bedeuten, dass es dieser Verwaltung an Wissen und Integrität fehle. Es würde aber im Grunde den demokratischen Spielregeln besser entsprechen, wenn jede Seite über ihre eigenen Experten verfügen könnte.

Nun wird man sich hier keinen Illusionen hingeben dürfen: Wir sind ein kleines Land mit begrenzten Mitteln; und was für die USA recht ist, kann für uns nicht immer billig sein. In der Frage der Parlamentsverwaltung aber müsste es trotzdem möglich sein, ohne grossen Aufwand zu einer sauberen Trennung zwischen Regierung und Volksvertretung zu gelangen. Man darf vor allem den psychologischen Effekt einer solchen Massnahme nicht unterschätzen. Gerade in einer Zeit, da das Parlament aus objektiven Gründen oft Mühe bekundet, genügend Gegengewicht zur Bundesverwaltung auf die politische Waage mitbringen zu können, wäre es nur von Vorteil, wenn sein eigener Verwaltungsapparat auch äusserlich unabhängiger organisiert erschiene.

Und was die weiteren Postulate in Richtung verbesserter Arbeitsbedingungen des Parlaments betrifft, so kann man nur sagen, dass es dazu höchste Zeit ist. Verschiedene wichtige Kommissionen müssen noch immer mit rudimentärsten Hilfsmitteln auskommen. Wenn zum Beispiel der Wunsch nach verbesserter Protokollführung ausgedrückt wird, so spricht das doch wohl Bände. Solch elementarste Dinge sollten im Zeitalter des industriellen Top-Managements auch im politischen Bereich mit selbstverständlicher Präzision funktionieren. Sonst ist seriöse Arbeit wenn nicht unmöglich, so doch mit Reibungsverlusten verbunden, die wir uns ganz einfach nicht mehr leisten können, wenn wir weiterhin am Milizsystem festhalten wollen.

Rekrutierungsschwierigkeiten bei den «mittleren Kadern»

Dieses Milizsystem gibt übrigens gegenwärtig auch auf tieferen Stufen zu reden. Mancherorts sind in den kommenden Wochen und Monaten die Gemeindebehörden zu bestellen. Und dabei lässt sich nicht verkennen, dass es immer schwerer hält, die nötigen Kader zu mobilisieren. Mangelnder Bürgersinn? Flucht vor der öffentlichen Verantwortung? Mit solchen Schlagworten allein ist es nicht getan. Denn selbst in kleineren Gemeinwesen stellen heutzutage manche Ämter eine zeitliche Belastung dar, die als «Freizeitbeschäftigung» kaum noch zumutbar erscheint.

So wertvoll der Gedanke, möglichst viele Bürger aktiv an der öffentlichen Verwaltung zu beteiligen, unter staatspolitischem Gesichtspunkt auch ist, so sehr wird man sich daher im einzelnen überlegen müssen, wie weit das möglichst totale «Milizsystem» unter dem Gesichtswinkel der Funktionsfähigkeit noch sinnvoll ist. Gerade heute, da es auf kommunaler Ebene immer mehr um immer komplexere Sachfragen geht, bleibt für den «Dilettanten mit gesundem Menschenverstand» im Grunde oft nur noch ein bescheidener Spielraum für originale Mitarbeit in Exekutiven übrig. In diesem Sachverhalt liegt mit ein Grund dafür, dass sich gerade verantwortungsbewusste Bürger immer öfter

scheuen, öffentliche Aufgaben im Nebenamt zu übernehmen. Wer in seinem Berufe gewohnt ist, ganze Arbeit zu leisten, der gibt sich nicht leicht dazu her, gleichsam mit der linken Hand Aufgaben des Gemeinwesens zu lösen, bei denen immer mehr an Mitteln und an politischem Vertrauenskapital auf dem Spiele steht.

Fortschritt oder Ausverkauf in der Hochschulpolitik?

Dass das Hochschulwesen – und mit ihm das Bildungswesen aller Stufen – der Reformen bedarf, ist weit herum zur Selbstverständlichkeit geworden. Wie weit man dabei im einzelnen gehen solle, ist allerdings eine andere Frage. Mit der Verwerfung des ETH-Gesetzes am 1. Juni 1969 ist auch auf eidgenössischer Ebene Gelegenheit geboten, anhand der nun ausgearbeiteten Übergangsregelung einige Fragen durchzuexerzieren. Und man wird nicht fehlgehen in der Annahme, dass damit nicht nur das definitive ETH-Gesetz präjudiziert wird, sondern dass der Diskussion Modellcharakter auch für die kantonalen Hochschulen zukommt.

Der im Dezember veröffentlichte Vorschlag des Bundesrates zur Übergangsregelung brachte insbesondere in der Frage des Mitspracherechts eine differenzierte Lösung, wobei sich die Mitsprache der Studenten, Assistenten und Bediensteten auf den eigentlichen Lehrbetrieb beschränken sollte. Die Kommission des Nationalrates hat nun in der zweiten Januarwoche in einer politisch spektakulären Bewegung beschlossen, dem Plenum eine weitergehende «Demokratisierung» vorzuschlagen und für ein materiell unbegrenztes Mitspracherecht einzutreten. Die Frage ist es wert, sehr genau durchdiskutiert zu werden. Unter Umständen könnte es sein, dass hier «weniger» trotz allem «mehr» wäre.

Spectator

WIRTSCHAFTSCHRONIK

Seilziehen um das schweizerische Konjunkturdämpfungsprogramm

Das bereits im letzten Jahr angekündigte Konjunkturdämpfungsprogramm lässt noch immer auf sich warten. In Bern herrscht zwar eine «hektische» Betriebsamkeit; aber die Anstrengungen haben noch zu keinen greifbaren Resultaten geführt. Im Zentrum des Programms stehen bekanntlich die *Senkung der Einfuhrzölle* über eine Vorverlegung der noch aus der Kennedy-Runde fälligen Zollsenkungen sowie die Erhebung eines *Exportdepots* von schätzungsweise 5% (über die Höhe des Satzes wird noch «gestritten»). Die Zollsenkungen dürften Ende des Monats bekanntgegeben werden; die Verzögerung hängt mit dem Druck des neuen Zolltarifs zusammen.

Einige Schwierigkeiten bietet nach wie vor die Erhebung eines Exportdepots. Einige Bereiche der Exportindustrie setzen sich mit Vehemenz zur Wehr, während andere Kreise diese Massnahme grundsätzlich akzeptieren, aber noch um den Prozentsatz feilschen. Da die Bundeskompetenz für eine solche Massnahme nicht über alle Zweifel erhaben ist, hat sich der Bundesrat entschlossen, diese Frage in der Märzsession dem *Parlament* vorzulegen. Dieses Vorgehen ist taktisch zweifellos richtig, hat aber anderseits den Nachteil, dass nochmals eine Verzögerung von einigen Wochen eintritt. Und da mit einem zunehmendem zeitlichen Hinausschieben die Wirksamkeit der Konjunkturpolitik sinkt, darf man sich fragen, inwieweit das bundesrätliche Konjunkturdämpfungsprogramm der gegenwärtigen Situation über-

haupt noch angemessen ist. Die Spannungen im Preisgefüge sind nun offensichtlich, ist doch ein zunehmendes Auseinanderklaffen der Grosshandelspreise und der Konsumentenpreise festzustellen; der Anstieg bei den Grosshandelspreisen für Importwaren betrug im letzten Jahre nicht weniger als 8,6%! In dieser Lage verdient positiv gewürdigt zu werden, dass sich wenigstens die Banken mit der Notenbank auf eine weitere *Senkung der Kreditzuwachsraten* einigen konnten. Die Banken erwarten nun mit Recht, dass auch die andern Wirtschaftszweige ihren Konjunkturdämpfungsbeitrag leisten.

Japans wirtschaftlicher Vormarsch

An dieser Stelle verdient auch einmal auf *Japan* hingewiesen zu werden, das sich in den vergangenen Jahren, gemessen am Bruttosozialprodukt, nach den USA nun zur zweitgrössten Wirtschaftsmacht in der Welt aufgeschwungen hat. *Yusuke Kashiwagi*, Vizefinanzminister, legte kürzlich in der *Zürcher Volkswirtschaftlichen Gesellschaft* einige Gründe dar, die an der Basis dieser erstaunlichen Entfaltung liegen. Einen entscheidenden Punkt erkennt Kashiwagi in der ausserordentlich hohen *Sparrate* der japanischen Bevölkerung, die auf einem traditionsgebundenen Verhalten ruht und vom Staat wirtschaftspolitisch nach Kräften gefördert wird. Selbst eine Geldentwertung von 5%, die von der japanischen Wirtschaftspolitik als Preis für rasches Wachstum akzeptiert wird, hat die Sparneigung nicht ernstlich beeinträchtigt. Allerdings wird künftig auch Japan dem Postulat der relativen Geldwertstabilität vermehrte Aufmerksamkeit schenken müssen; und dies um so mehr, als sich in der Wirtschaft nun einige Engpässe abzeichnen, so etwa besonders deutlich erkennbar auf dem Arbeitsmarkt.

Positiv würdigte der Referent sodann die japanische Technik der *gesamtwirtschaftlichen Planung*, die natürlich keinen imperativen Charakter hat, sondern mehr als generelle Orientierung über die wünschenswerte gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu verstehen ist. Der Referent glaubt aber, dass sie insofern für die Stärkung des *Vertrauens* in die Wirtschaft wichtig ist, als sie praktisch einen offiziellen programmatischen Charakter hat und damit die Intentionen der Regierung spiegelt. Die Frage, ob sich die tatsächliche Entwicklung auf den geplanten Spuren bewegt, ist dabei nicht so bedeutungsvoll; bedeutungsvoll ist dagegen, dass die generelle Entwicklungsrichtung als wirtschaftspolitischer Wille der Regierung zum Ausdruck kommt.

Die Entwicklungsperspektiven beurteilte der Referent durchaus *zuversichtlich*. Er sagte ein weiterhin starkes Wachstum voraus, das mit einer zunehmenden Liberalisierung der Wirtschaft und ihrem weitern Einbau in die Weltwirtschaft parallel gehen wird. Japan wird dabei aber seine Anstrengungen vermehrt auf die *Forschung* legen müssen. Ein besonderes Problem eröffnet sich dem Lande zufolge seiner Rohstoffarmut darin, dass mit einer weitern Ausdehnung der industriellen Produktion auch die Importe entsprechend wachsen werden, mithin die Handels- und Zahlungsbilanz belasten. Trotzdem blieb der Vortragende bezüglich der Zahlungsbilanzaussichten optimistisch; die Zahlungsbilanz war ja lange Zeit *das* Sorgenkind der japanischen Wirtschaftspolitik.

Anhaltende Stabilitätssorgen in der Bundesrepublik

Die Bundesrepublik hat nach wie vor *Stabilitätssorgen*. Der Versuch, mit einer neuen «konzentrierten Aktion» (Sozialpartnergespräche) zum Ziel zu kommen, ist wenig erfolgreich verlaufen. Zwölf Stunden haben im Bonner Wirtschaftsministerium die Spitzenorganisationen der Unternehmer, der Gewerkschaften, die Bundesbank und der Volkswirtschaftliche Sachverständigenrat mit den zuständigen offiziellen Stellen konferiert, ohne dass aber eine Einigung darüber, wie sich Staat, Unternehmer und Gewerkschaften in der

gegenwärtigen Phase verhalten sollen, erzielt werden konnte. Das Communiqué spricht jedoch davon, dass sich die neue Schillersche Forderung von der «Politik der Stabilisierung ohne Stagnation» ohne besondere Anstrengung 1970 kaum erfüllen lasse.

Inzwischen hat das Bundeskabinett ein *Konjunkturprogramm* verabschiedet, das sich im wesentlichen auf die folgenden Punkte bezieht: Begrenzung des Bundeshaushaltes 1970; Aufschiebung von geplanten Steuersenkungen; Bildung von Konjunkturrücklagen beim Bund und bei den Ländern; Förderung der Vermögenspolitik; Zurückhaltung bei den administrativ beeinflussten Preisen; Massnahmen zur Stabilisierung der Kapitalbewertungen.

Wahltaktisch motivierte Wirtschaftspolitik in England?

In England mehren sich die Anzeichen, die darauf hindeuten, dass die Regierung Wilson eine dem Wähler «wohlgefällige» Wirtschaftspolitik zu betreiben beginnt; die Unterhauswahlen müssen bekanntlich spätestens im Frühjahr 1971 über die Bühne. Besonders auffällig zeigt sich dies in der *Lohnpolitik*. Die Lohnforderungen nehmen in England bisweilen geradezu groteske Ausmasse an. Obwohl die Regierung Wilson bisher immer auf die einkommenspolitisch motivierte Limitierung von Lohnerhöhungen grossen Wert legte, lockerte sie ausgerechnet in einem Moment die staatlichen Lohnkontrollen, in dem der Lohndruck seit langem am stärksten ist. Von einer eigentlichen Einkommenspolitik kann heute in England keine Rede mehr sein. Dieses Vorgehen findet natürlich den Beifall der Gewerkschaften, während die Unternehmer die Regierung deshalb heftig kritisieren, weil sie anderseits keine adäquate Lockerung in der Preispolitik verfügte.

Oeconomicus